

all seine Truppen aus Kambodscha zurückziehen - letztlich allerdings auch wiederum unter dem Vorbehalt, daß es bis dahin eine Lösung mit den Pol-Pot-Kräften gebe!

Beide Seiten wissen, daß es sowohl für Kambodscha als auch für alle Fragen über die beiderseitigen Grenzen nur eine politische, nicht jedoch eine militärische Lösung geben kann. Was insbesondere China anbelangt, so hat es zwar in der Vergangenheit mehrere Male eine "zweite Lektion" angedroht, den Worten jedoch nie Taten folgen lassen.

Wie sehr "Wladiwostok" inzwischen wirkt, zeigte ein schon fast sensationelles Ereignis. Zum erstenmal seit 1978 nämlich erschien Außenminister Nguyen Co Thach anlässlich der Feiern zum 37. chinesischen Nationalfeiertag in der Botschaft der VR China und unterhielt sich dort über eine Viertelstunde lang mit dem Missionschef Beijings.

Am 7. Oktober nahm ferner eine siebenköpfige vietnamesische Tischtennis-Mannschaft an den 8. Asiatischen Tischtennismeisterschaften in Shenzhen (Provinz Guangdong) teil. Nach Meinung westlicher Beobachter ging Vietnam "fast bis zum Kotau", doch auch jetzt blieb Beijing hart und änderte nichts an seinen Kambodscha-Vorstellungen. Unter diesen Umständen scheint die Zuflucht zu Großangriffs-Meldungen der einzige Ausweg für Vietnam gewesen zu sein, um "nach Wladiwostok" den Sowjets die Unmöglichkeit weiterer Gespräche zu verdeutlichen.

Darüber hinaus schlug Vietnam, wie alle Jahre, auch 1987 wieder die Einstellung der Feindseligkeiten während des Frühlingsfestes vor. Getreu dem alten Ritual lehnte die chinesische Seite diesen "heuchlerischen" Vorschlag erneut ab (RMRB, 29.1.87). Vietnam könne nicht einerseits das chinesische Staatsgebiet mit Hunderten von großkalibrigen Artilleriegeschossen belegen und andererseits die Friedenstaube fliegen lassen. -we-

Ausländer in der VR China

*** (3)**
AFP-Korrespondent ausgewiesen und chinesischer Student wegen Geheimnisverrats verhaftet
 Die französische Nachrichtenagentur Agence France Press (AFP) wurde am 26. Januar vom chinesischen Außenministerium aufgefor-

dert, den für AFP in Beijing arbeitenden amerikanischen Journalisten Lawrence MacDonald (32) aus China abzurufen. Eine konkrete Begründung für die Ausweisung wurde von offizieller Seite nicht gegeben. AFP gegenüber wurde von chinesischer Seite lediglich erklärt, MacDonald habe während der jüngsten Studentenproteste Aktivitäten unternommen, die sich nicht mit seinem Status als Journalist verträgen. Allerdings hatte die staatliche Nachrichtenagentur XINHUA einen Tag zuvor, d.h. am 25. Januar 1987, die Verhaftung eines chinesischen Studenten der Universität Tianjin mit der Begründung bekanntgegeben, dieser habe MacDonald im geheimen "vertrauliche Informationen" gegeben. Die Tianjiner Sicherheitsbehörden hätten hierfür schlüssige Beweise, berichtete XINHUA.

MacDonald ist seit Januar 1985 einer von vier (sic!) Korrespondenten, die AFP in Beijing stationiert hat. Die Botschafter der USA und von Frankreich brachten am 30. Januar 1987 im chinesischen Außenministerium ihre Besorgnis über die Ausweisung von MacDonald zum Ausdruck. 43 in China lebende ausländische Journalisten protestierten in einem Brief an das Außenministerium gegen die Ausweisung von MacDonald und verlangten eine Konkretisierung der Beschuldigungen gegen ihren amerikanischen Kollegen. Der Sprecher des Außenministeriums gab am 11. Februar 1987 indirekt zu verstehen, daß sich MacDonald als ausländischer Student oder Lehrer getarnt habe, um auf das Gelände der Universität von Tianjin zu gelangen und dort auf illegale Weise geheimes Material zu sammeln. (FAZ, 26.1.87; FEER, 5.2.87, S. 8; FEER, 12.2.87, S. 9; FEER, 19.2.87, S. 16-17 u.a.).

Die Verhaftung des chinesischen Studenten namens Lin Jie wegen Geheimnisverrats an einen Ausländer und die unmittelbar darauf folgende Ausweisung des amerikanischen AFP-Korrespondenten MacDonald stehen im engen Zusammenhang mit der seit Ende Dezember 1986 wieder einmal verstärkt propagierten Bekämpfung von bürgerlichen Liberalisierungstendenzen. Sie sind als neuerliche Warnung vor zu engen Kontakten zwischen Ausländern und Chinesen zu verstehen. -sch-

*** (4)**
China schreibt Aids-Test für ausländische Studenten und Wissenschaftler vor
 Mit Beginn des Jahres 1987 verlangt die VRCh von allen neuein-

treffenden Studenten und Forschern aus dem Ausland den Nachweis eines Aids-Bluttests. Dies berichtete die Zeitung CHINA DAILY unter Berufung auf einen Erlaß des Gesundheitsministeriums. Es soll den ausländischen Studenten und Wissenschaftlern überlassen bleiben, den Aids-Test vor Antritt ihres Auslandsstudiums in ihren Heimatländern oder innerhalb eines Monats nach ihrem Eintreffen in China vornehmen zu lassen. Wer es ablehnt, sich einem Aids-Test zu unterziehen, verliert die Studien- und Forschungserlaubnis im Reich der Mitte. Den bereits in China lebenden Studenten wird ein Test angeraten, soll aber nicht zwangsweise verordnet werden. Eine weitere Entscheidung darüber soll künftig den einzelnen chinesischen Universitäten überlassen bleiben. Ausländische Studenten befürchten u.a., daß bei den Aids-Tests in China die Vertraulichkeit nicht gewahrt bleiben wird. Der Aids-Test-Erlaß des chinesischen Gesundheitsministeriums wurde mit der Notwendigkeit vorbeugender Maßnahmen gegen eine Ausbreitung der Krankheit begründet. Bisher sind in China offiziellen Angaben zufolge erst vier Fälle entdeckt worden, bei denen Aids-Antikörper im Blut von Patienten festgestellt wurden. Alle vier betroffenen Chinesen hatten Bluttransfusionen mit Blutspenden aus den USA erhalten, bei denen nachträglich eine Aids-Infizierung nachgewiesen werden konnte. (Nach J.Erling, in: FRu, 23.12.87) -sch-

Innenpolitik

*** (5)**
Shanghai-Zeitschrift veröffentlicht Kritik am "sozialistischen Dogmatismus"
 Inmitten der nationalen Bleiwüste der Kritik am "bürgerlichen Liberalismus" veröffentlichte die reformorientierte Shanghai-Zeitschrift FÜR WELTWIRTSCHAFT am 26. Januar 1987 einen Artikel, der eindeutig gegen die orthodoxen Marxisten-Leninisten und Sowjetmodell-Verfechter gerichtet ist. Unter der Überschrift "Kann eine auf niedrigem technologischen Niveau stehende Wirtschaft die Modernisierung verwirklichen?" erteilte der Autor dem sowjetischen Wirtschaftsmodell eine deutliche Absage, indem er die von ihm diagnostizierte wirtschaftliche Stagnation der Sowjetunion damit

begründete, daß es die Sowjetunion nicht geschafft habe, ihre auf niedrigem technologischen Niveau stehenden Wirtschaft, die lediglich Güter produzierte, zu einer informationsorientierten High-Tech-Economy zu entwickeln. Autor Guo Pingxin, Direktor der Abteilung für Computer-Wissenschaft und -Technologie der Ministeriums für Elektronik, vertrat die Ansicht, daß die Wirtschaftsreformen in einem sozialistischen Land nur dann erfolgreich durchgesetzt werden könnten, wenn es dem jeweiligen Land gelinge, den "sozialistischen Dogmatismus" zu überwinden. Guo definierte den Begriff "sozialistischer Dogmatismus" mit der Ansicht, daß sozialistische Staaten frei von Widersprüchen seien, jegliche Wirtschafts-, Gesellschafts- und moralischen Krisen überwunden hätten, dem Kapitalismus überlegen seien (sic!) und über eine hohe Effizienz und Produktivität verfügten. Darüber hinaus schrieb Guo, daß sich viele Staaten darüber im klaren seien, daß Wirtschaftsreformen ohne gleichzeitige politische Reformen unmöglich seien (Shijie Jingji Daobao, 26.1.87, nach Kyodo, engl., 26.1.87, in: SWB, 28.1.87). Über das weitere Schicksal von Guo Pingxin darf man gespannt sein, denn seine Auffassungen zum "sozialistischen Dogmatismus" dürften - zumindest nach Ansicht der Dogmatiker um Chen Yun, Peng Zhen, Hu Qiaomu u.a. - den ideologischen Straftatbestand der "bürgerlichen Liberalisierung" erfüllen. -sch-

*(6)

ZK-Dokument 1987/1 zur Unterbindung von Studentendemonstrationen und zur Bekämpfung "bürgerlicher Liberalisierung"

Das Zentralkomitee der KPCh gab Anfang Januar 1987 das ZK-Rundschreiben Nr.: 1/1987 parteiintern in Umlauf. In den letzten fünf Jahren hatte das erste ZK-Dokument eines Jahres immer die Landwirtschaftsreformen zum Inhalt gehabt. Aus aktuellem Anlaß enthielt es in diesem Jahr Instruktionen der Parteiführung zur Verhinderung weiterer Studentendemonstrationen und zum Kampf gegen die "bürgerliche Liberalisierung". Darin werden die Propagandaabteilungen u.a. aufgefordert, ein Jahr lang (sic!) vornehmlich gegen "bürgerliche Liberalisierung" Stimmung zu machen. Dies soll vor allem mit der Behandlung der folgenden beiden Themen geschehen:

- 1) 'Worin liegt die Überlegenheit des Sozialismus?' und
 - 2) 'Welche Mängel weist die bürgerliche Demokratie auf?'
- (Wen Hui Bao, Hongkong, 10.1.87, nach SWB, 13.1.87) -sch-

*(7)

19.Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI.Nationalen Volkskongresses

Der Ständige Ausschuss des VI.Nationalen Volkskongresses trat vom 12. bis 22.Januar 1987 zu seiner 19.Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt der Sitzung standen Diskussionen über die Studentendemonstrationen und über die Bekämpfung der sog. "bürgerlichen Liberalisierung". Das ständige Parlamentsorgan faßte unter anderem folgende Beschlüsse:

- "Beschluß über die Verstärkung der Rechtserziehung und über die Aufrechterhaltung von Stabilität und Einheit" (Text in: RMRB, 23.1.87). In dem Beschluß werden alle Bürger, Organe, Betriebe, Organisationen und Institutionen dazu aufgerufen, strikt im Rahmen der Verfassung zu handeln. Da in der Verfassung auch das Festhalten an den "Vier grundlegenden Prinzipien" verankert ist, läuft diese Aufforderung vor allem darauf hinaus, daß die alleinige Führung durch die Kommunistische Partei von allen anerkannt und respektiert werden muß. Dies wird in dem Beschluß auch explizit deutlich gemacht. Außerdem heißt es in dem Beschluß u.a.: "Es ist allen Bürgern verboten, mit irgendwelchen Mitteln die gesellschaftliche Ordnung, die Arbeit, die Produktion, den Unterricht und das Leben des Volkes zu stören." Sowohl das Justizministerium als auch das Zentralkomitee der KPCh erließen Ende Januar bzw. Anfang Februar 1987 Rundschreiben, in denen sie zu einer umfangreichen Propagierung des Beschlusses in der Öffentlichkeit und zu einer strikten Ausführung des Beschlusses aufriefen (RMRB, 26.1.87 u. 7.2.87).

- Ebenfalls im Zusammenhang mit der Bekämpfung der sog. "bürgerlichen Liberalisierung" standen die formell vom Ständigen Ausschuss (de facto jedoch von der Parteizentrale) beschlossenen personellen Veränderungen:

- Entlassung von Lu Jiayi von seinem Posten als Präsident der Akademie der Wissenschaften und Ernennung von Zhou Guangzhao zu seinem Nachfolger.
- Entlassung von Yan Dongsheng von seinem Amt als Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften und Ernennung des bisherigen stellvertretenden ZK-Propagandachefs Teng Teng zu seinem Nachfolger. (RMRB, 23.1.87)

- Beschluß über die Einberufung der 5.Tagung des VI.Nationalen Volkskongresses am 25.März 1987. Folgende Tagesordnungspunkte sind vorgesehen:

- 1) Bericht über die Tätigkeit der Regierung;
- 2) Überprüfung und Bestätigung des Plans für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung im Jahre 1987;
- 3) Beratung und Beschlußfassung über einen Gesetzentwurf für die volkseigenen Industriebetriebe;
- 4) Beratung und Beschlußfassung eines Resolutionsentwurfes über die Zahl und die Wahl der Abgeordneten für den VII.Nationalen Volkskongreß (RMRB, 23.1.87).

Es fällt auf, daß unter den Tagesordnungspunkten die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten nicht vorgesehen ist. Dies könnte bedeuten, daß Zhao Ziyang die Ämter des Ministerpräsidenten und des ZK-Generalsekretärs noch länger gleichzeitig ausüben wird. Auf jeden Fall ist dies ein Indiz dafür, daß sich die chinesische Führung noch nicht auf einen Nachfolger für Zhao Ziyang als Ministerpräsident geeinigt hat.

- Verabschiedung des neuen Zollgesetzes der Volksrepublik China, das am 1.Juli 1987 in Kraft tritt und das alte Zollgesetz aus dem Jahre 1951 ablöst (Text in: RMRB, 24.1.87).

Darüber hinaus beschäftigten sich die Mitglieder des Ständigen NVK-Ausschusses mit einem Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Erziehungskommission, He Dongchang, über die jüngsten Studentendemonstrationen sowie mit dem Entwurf eines Gesetzes über Technologieverträge und mit dem Entwurf der Vorschriften über die Organisation der Dorfbewohnerkomitees. (RMRB, 13.-24.1.87) -sch-

*(8)

Ablösung des ZK-Propagandachefs wegen zu lascher Haltung gegenüber Forderungen nach politischer Liberalisierung

Im Zusammenhang mit dem Sturz von Hu Yaobang und der Bekämpfung "bürgerlicher Liberalisierung" wurde im Januar 1987 auch ZK-Propagandachef Zhu Houze (55) wegen seiner "liberalen Haltung" in ideologischen Fragen abgelöst (AFP, 22.1.87, in: NZZ, 24.1.87) und durch den bisherigen stellver-

tretenden Chefredakteur des ZK-Theorieorgans ROTE FAHNE, Wang Renzhi (53), ersetzt (Kyodo, engl., 1.2.87, nach SWB, 4.2.87). Dies wurde am 4. Februar vom Sprecher des chinesischen Außenministeriums auf Anfrage ausländischer Journalisten offiziell bestätigt. Wang ist wie Zhu Mitglied des Zentralkomitees. Zhu Houze, der als ein Vertrauter von Hu Yaobang gilt, wurde zum stellvertretenden Direktor des Forschungszentrums des Staatsrats für ländliche Entwicklung degradiert. (XNA, 5.2.87)

Zhu Houze hatte seit seiner Bestallung zum ZK-Propagandachef im Juli 1985 eine Reihe von höchst unorthodoxen Ansichten von sich gegeben, die ein entscheidender Grund für seinen Sturz darstellen dürften. Geradezu sensationell waren Äußerungen von Zhu auf einer Tagung über theoretische Arbeit in Shanghai im Sommer 1986, die auf eine grundsätzliche Kritik am bisherigen realen Sozialismus hinauslaufen. Der 55jährige Zhu hatte auf dieser Veranstaltung u.a. erklärt, daß der Marxismus und die internationale kommunistische Bewegung seit 1956 (sic!) eine Phase des Niedergangs durchmachten. Wer dies nicht anerkenne, denke nicht historisch-materialistisch. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges hätte eine ganze Reihe von sozialistischen Staaten permanent Fehler in ihrer Entwicklung gemacht - dagegen hätten sich Japan und die Bundesrepublik Deutschland recht schnell entwickelt. Zhu weiter: "Angesichts der neuen internationalen politischen und wirtschaftlichen Situation der Nachkriegszeit stellen sich die Leute zwangsläufig immer wieder die Frage 'Wird der Sozialismus tatsächlich erfolgreich sein?'. Um dieses Problem zu lösen, brauchen wir nicht nur theoretische Erörterungen und Erklärungen - noch wichtiger ist, daß die Lösung dieses Problems in der Praxis ausprobiert wird." (In: Wenzhai Bao, 29.6.1986, zitiert nach: SWB, 10.7.1986)

Als durchaus liberal hatte sich Zhu Houze im Verlauf der politischen Reformdiskussion geäußert. Auf einer Veranstaltung des ZK des Kommunistischen Jugendverbands zu diesem Thema am 27. Juli 1986 hatte Zhu die Parteijugend aufgefordert, ihre Ansichten frei zu äußern und auch mutig "abweichende Meinungen" vorzutragen - selbst wenn diese denen des ZK-Theorieorgans ROTE FAHNE widersprächen. Zhu Houze dazu

wörtlich: "Abweichende Meinungen können widerlegt werden, oder man geht nicht auf sie ein. Wir müssen in dieser Hinsicht flexibler werden. Die Ansichten der ROTEN FAHNE stellen nur die Ansichten der ROTEN FAHNE dar. Sie dürfen widerlegt werden, denn das, was in der ROTEN FAHNE veröffentlicht wird, repräsentiert nicht notwendigerweise die Ansichten der Führer des Zentralkomitees." (Wen Hui Bao, 28.7.86, nach SWB, 1.8.87) Bezeichnenderweise ist Wang Renzhi, der Nachfolger des gestürzten Zhu Houze, bisher der stellvertretende Chefredakteur der konservativ ausgerichteten ROTEN FAHNE gewesen.

Wang, der seit Mai 1982 stellvertretender Chefredakteur der ROTEN FAHNE gewesen war, zählte im Oktober und November 1983 zu den eifrigsten Verfechtern der von Deng Xiaoping initiierten Bewegung gegen "geistige Verschmutzung" durch bürgerlich-demokratisches Gedankengut. Auf einem Symposium der ROTEN FAHNE am 14. Januar 1987 bezeichnete Wang die Ende 1983 von den Reformkräften gestoppte Bewegung gegen die "geistige Verschmutzung" als richtig und verurteilte die studentischen Demonstrationen für Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit als "einen vollständigen Fehler" (Kyodo, engl., 1.2.87, nach SWB, 4.2.87).

Die personellen Veränderungen in der ZK-Propagandaabteilung beschränkten sich nicht auf den Direktorenposten: Der Direktor des Informationsbüros, Zhong Peizhang, wurde durch seinen bisherigen Stellvertreter Wang Furu ersetzt. Darüber hinaus wurden mit Liu Guoxiong und Liu Zuyu zwei neue stellvertretende Direktoren des Informationsbüros der ZK-Propagandaabteilung ernannt. (Wen Hui Bao, Hongkong, 11.1.87, nach SWB, 15.1.87) -sch-

* (9)

Schriftsteller Wang Ruowang und Liu Binyan aus der Partei ausgeschlossen

Im Zuge des Anfang Januar 1987 von der Partei entfesselten Kampfes gegen die bürgerliche Liberalisierung sind zwei prominente Schriftsteller aus der Partei ausgeschlossen worden. Es handelt sich um Wang Ruowang aus Shanghai und Liu Binyan aus Beijing, die am 13. bzw. 23. Januar ihre Parteimitgliedschaft verloren. Beiden

wird vorgeworfen, die vier grundlegenden Prinzipien (sozialistischer Weg, demokratische Diktatur des Volkes, Führung durch die KPCh, Marxismus-Leninismus und Mao-Zedong-Gedanken) abgelehnt und bürgerliche Liberalisierung propagiert zu haben.

Wang Ruowang, Jahrgang 1917, ist Schriftleiter bei der "Shanghai Literaturzeitschrift" (Shanghai Wenxue) und gehört sowohl dem nationalen wie auch dem Shanghai-Schriftstellerverband als Vorstandsmitglied an. Er wird beschuldigt, seit 1979 und besonders in den letzten zwei Jahren fortwährend in Vorträgen und Artikeln den chinesischen Sozialismus verleumdete und die Führungsrolle der Partei in Literatur und Kunst negiert zu haben. Er habe unter dem Banner der "Reform" die gegenwärtige Politik bekämpft und verdreht, die bürgerliche Liberalisierung gefordert und lauthals für sich Freiheit gefordert, um die er weiter kämpfen wolle, solange sie ihm vorenthalten würde (RMRB, GMRB, 15.1.87). Am 16. und 18.1.87 veröffentlichte die Volkszeitung Zitate zumeist aus Vorträgen, die Wang an verschiedenen Shanghai-Universitäten und anderen Institutionen gehalten hat, um anhand dieser aus dem Zusammenhang gerissenen Äußerungen die Irrtümer des offensichtlich besonders unter der studentischen Jugend sehr geschätzten Schriftstellers zu belegen. Professoren dieser Universitäten wie auch Mitglieder des Shanghai-Schriftstellerverbandes beeilten sich, sich von Wang Ruowang zu distanzieren und seinen Parteiausschluß als völlig richtig und notwendig hinzustellen.

Weitere Vorwürfe brachte die Shanghai "Befreiungszeitung" (Jiefang Ribao) am 16.1.87 (s. Zusammenfassung in RMRB, 19.1.87). Danach soll Wang den kapitalistischen Weg, die vollständige Verwestlichung und ein Mehrparteiensystem gefordert haben. Mit solchen Ideen, so heißt es, habe er Verwirrung unter den Menschen gestiftet und vor allem die Jugend verführt.

In der Tat ist Wang Ruowang ein unabhängiger Geist, der offen seine Meinung äußert und Unzulänglichkeiten in der gegenwärtigen Politik kritisiert. So hat er jüngst in einem Artikel in der Arbeiterzeitung der Sonderzone Shenzhen unverhohlen die Ansicht vertreten, die Wirtschaftsreformen gingen nicht weit

genug, da immer noch zu viel Gleichmacherei herrsche, und zugleich die Wirtschaftspolitik einiger kapitalistischer Länder positiv hervorgehoben (Tequ Gongren Bao, Nov. 1986, abgedr. in Jiushi Niandai, Hongkong, 1987/2, S.58-59).

Liu Binyan, 1925 in Harbin geboren, ist Sonderkorrespondent bei der Volkszeitung und der bedeutendste Vertreter der Reportagen-Literatur. Auch ihm wird vorgeworfen, die Partei und den Sozialismus verleumdet und westlich-liberale Ideen verkündet zu haben (RMRB, GMRB, 25.1.87). In einem Kommentar der Volkszeitung (ebd.) wird er außerdem beschuldigt, seine journalistische Pflicht zu wahrheitsgetreuer Berichterstattung verletzt zu haben. Die Kritik durch die Parteiorganisation und "verantwortliche Genossen" der Volkszeitung habe nicht gefruchtet; in seinen Reportagen habe er weiter die Tatsachen verdreht mit dem Ziel, die Korruption der Partei aufzudecken. Diesen Verleumdungen habe die Partei nun endlich ein Ende machen müssen, indem sie Liu Binyan aus der Partei ausschloß, ein Beschluß, den der Kommentator voll und ganz unterstützt. Wie bei Wang Ruowang wird in zahlreichen Zeitungsartikeln versucht, durch Zitate Lius "falsche" Ansichten nachzuweisen und ihm Fehler zuzuschreiben (vgl. RMRB, 26., 30.1.87; Heilongjiang Ribao, 26.1.87, nach SWB, 30.1.87).

Ob es gelingt, damit das große Ansehen zu schmälern, das Liu Binyan in weiten Kreisen der Intelligenz genießt, mag dahingestellt sein. Liu, ein in China und im Ausland weitgereister Mann, gilt als Sprachrohr einer kritischen mittleren und jüngeren Generation, deren Anliegen es ist, die Reformen voranzutreiben und für mehr Liberalität zu kämpfen. In seinen Werken deckt Liu unerbittlich die negativen Seiten der Partei auf (z.B. in seiner Erzählung "Unter Menschen und Dämonen") und stellt unmißverständlich die "Gefahr von links" als die Hauptgefahr für das geistige Leben in China hin (so z.B. in einer Rede vom April 1981, abgedr. in Jiushi Niandai, 1987/2, S.60-63). In welchem Maße Liu Binyan gerade für die überwiegende Mehrzahl der Schriftsteller, zumal der jüngeren, eine Art Leitfigur verkörpert, beweist u.a. die Tatsache, daß er auf dem Vierten nationalen Schriftstellerkongreß (Dezember 1984/Januar 1985) nach

dem "großen alten Mann" Ba Jin bei der Wahl der Präsidenten die meisten Stimmen erhielt, sogar noch mehr als Wang Meng, der amtierende Präsident der Verbandes. Liu Binyan wurde damals einer der stellvertretenden Präsidenten (vgl. C.a. 1985/1, Ü 24 und 1985/4, Ü 21).

Der Parteiausschluß der beiden Schriftsteller dürfte unter den chinesischen Schriftstellern große Beunruhigung und Nervosität ausgelöst haben, wie indirekt aus einem Kommentar der Guangming-Zeitung vom 26.1.1987 hervorgeht. Der Kommentator beeilte sich denn auch zu versichern, daß sich der Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung keinesfalls gegen die Schriftsteller und Künstler insgesamt richte. Selbstverständlich werde die Partei sich weiter an die seit 1978/79 geltenden kulturpolitischen Richtlinien halten. Auch Politbüromitglied Li Peng beruhigte die Intellektuellen mit der Versicherung, an der Politik gegenüber den Intellektuellen werde sich nichts ändern (RMRB, 18.1.87). Unterdessen hat Kulturminister Wang Meng auf einer nationalen Konferenz über die kulturelle Arbeit die Notwendigkeit betont, an den vier grundlegenden Prinzipien festzuhalten und die bürgerliche Liberalisierung zu bekämpfen (RMRB, XNA, 21.1.87) -st-

*(10)

Verhaftung mehrerer Demonstranten und "Konterrevolutionäre"

Im Zusammenhang mit den Studentendemonstrationen im Dezember 1986 wurden mehrere Personen verhaftet, gegen die der Vorwurf erhoben wurde, die Demonstrationen auf die ein oder andere Weise angeheizt zu haben. Im folgenden seien einige Beispiele genannt:

- Am 24. Dezember 1986 wurden in Shanghai die beiden Arbeiter Wang Guishan und Xue Wenzeng verhaftet. Ihnen wird zur Last gelegt, bei einer Demonstration am 21. Dezember maßgeblich dazu beigetragen zu haben, daß zwei Autos umgestürzt wurden. (RMRB, 26.12.86)

- Am 27. Dezember verhafteten die Shanghaier Sicherheitsbehörden Shi Guanfu, der der Anführer der als "konterrevolutionäre Organisation" bezeichneten "Partei zur Verteidigung des chinesischen Volkes" sein soll. Diese Partei soll im Oktober 1986 mit dem Ziel gegründet worden sein, "die Kommunistische

Partei zu stürzen". Shi hat nach Angaben der VOLKSZEITUNG ein Parteisiegel schnitzen lassen und den Steinschnitzer nach getaner Arbeit vergiftet, um sich eines Mitwissers zu entledigen. Während der jüngsten Demonstrationen soll Shi versucht haben, die Studenten zu antikommunistischen Aktionen zu veranlassen. (RMRB, 1.1.87)

- Ende Dezember wurde in Nanjing der 23jährige Textilarbeiter Cheng Keqin verhaftet. Er soll während einer Demonstration am 25. Dezember Fensterscheiben mit Blumentöpfen zerstört, einen Reislaster geplündert und einen Überfall auf ein Restaurant angeführt haben. (XNA, 8.1.87)

- Am 31. Dezember verhafteten die Beijinger Sicherheitsorgane den Lehrbeauftragten der Pädagogischen Hochschule von Beijing, Xue Deyun. Xue soll als Drahtzieher hinter der Demonstration der Pädagogikstudenten am frühen Morgen des 29. Dezember gestanden haben. (RMRB, 1.2.87)

- Am 1. Januar 1987 wurde in Wuhan der frühere Musikstudent Lu Di festgenommen. Lu soll an der Organisation der Demonstration in Wuhan am 9. Dezember 1986 beteiligt gewesen sein und auf einer Veranstaltung die "Beendigung der Ein-Parteien-Herrschaft" gefordert haben. Im Namen eines "Autonomen Studentenverbands Chinas" soll Lu Ende Dezember die Studenten zu weiteren Demonstrationen und Streiks aufgerufen haben. (XNA, 17.1.87)

- Am 17. Januar 1987 wurde in Qingdao ein Arbeiter des dortigen Wasserwerks verhaftet. Der Mann namens Yu Chunyan soll Mitte 1986 versucht haben, eine "konterrevolutionäre Organisation" mit dem Namen "Neue Nationale Sozialdemokratische Partei" zu gründen. Im Dezember 1986 soll er im Namen dieser Partei die Studenten in Beijing, Shanghai und Nanjing per Brief aufgefordert haben, Demonstrationen abzuhalten und die Teilnahme an den Prüfungen zu verweigern. (XNA, 19.1.87)

- Am 21. Januar wurde in Shanghai gegen einen erst kürzlich aus den USA zurückgekehrten Studenten Anklage wegen "konterrevolutionärer" Verbrechen erhoben (FEER, 19.2.87, S. 17).

- Auch die Verhaftung des Studenten Lin Jie in Tianjin am 25. Januar wegen der Weitergabe

von angeblich geheimen Informationen an den AFP-Korrespondenten MacDonald muß im Zusammenhang mit den Studentendemonstrationen und dem Kampf gegen die sog. "bürgerliche Liberalisierung" gesehen werden. (Siehe die Übersicht "AFP-Korrespondent ausgewiesen und chinesischer Student wegen Geheimnisverrats verhaftet".) -sch-

*(11)

Ende der Studentendemonstrationen
Nachdem die Parteipresse den Forderungen der Studenten nach mehr Demokratie und Freiheit eine klare Absage erteilt und die Intellektuellen mit einer neuerlichen Kritikwelle an "bürgerlichen Liberalisierungstendenzen" eingeschüchtert hatte, gingen die Studentendemonstrationen Anfang Januar 1987 zu Ende. Ende Dezember 1986 hatten die Behörden in einer Reihe von Großstädten Demonstrationsbestimmungen erlassen, denen zufolge jede Demonstration vorher angemeldet und genehmigt werden muß. -sch-

*(12)

Kampf gegen "bürgerliche Liberalisierung" im Mittelpunkt
Im Januar 1987 war das alles beherrschende Thema der Parteipresse der Kampf gegen die sog. "bürgerliche Liberalisierung". Er ist die Antwort der orthodoxen Marxisten-Leninisten und politisch konservativer Reformkräfte auf die teilweise sehr weitgehenden Forderungen während der politischen Reformdiskussion in der zweiten Jahreshälfte 1986 und während der Studentendemonstrationen im Dezember 1986. Besonders betont wurde die Notwendigkeit des Festhaltens an den "Vier grundlegenden Prinzipien", vor allem jedoch an der alleinigen Führung durch die KPCh. Die Wucht der Kritik der orthodoxen Kräfte war so stark, daß ZK-Generalsekretär Hu Yaobang von seinem Amt abgelöst wurde - ihm wurde vorgeworfen, nicht nur zu wenig gegen bürgerliche Liberalisierungstendenzen vorgegangen zu sein, sondern diese sogar noch begünstigt zu haben. Zusammen mit Hu wurde auch der bisherige Propagandachef Zhu Houze abgelöst. Als negative Beispiele und Zielscheiben der Kritik am bürgerlichen Liberalismus wurden drei prominente und beliebte Intellektuelle ausgesucht und aus der KPCh ausgeschlossen: der Shanghaier Schriftsteller Wang

Ruowang, der Astrophysiker Fang Lizhi und der Schriftsteller und Reporter der VOLKSZEITUNG Liu Binyan.

Der neue "amtierende" ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang betonte jedoch in einer Rede zum traditionellen chinesischen Neujahrsfest am 29. Januar 1987, daß der Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung strikt auf die Kommunistische Partei begrenzt und hauptsächlich im politischen und ideologischen Bereich geführt werden müsse. In der Landwirtschaft werde es, so versicherte Zhao, keinen Kampf gegen bürgerliche Liberalisierungstendenzen geben. In den Industriebetrieben und staatlichen Institutionen werde man lediglich eine "Erziehung anhand positiver Beispiele" durchführen. Zhao versuchte, den nun wieder einmal zutiefst verunsicherten Intellektuellen die Angst vor einer neuerlichen politischen Bewegung zu nehmen, indem er erklärte: "Bei der Erziehung zur Bekämpfung der bürgerlichen Liberalisierung wird unsere Partei die falschen 'linken' Handlungsweisen nicht wiederholen und sie auch keineswegs zulassen. Daher wird der Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung in keinem Fall zu irgendeiner politischen Kampagne führen." (RMRB, 30.1.87) -sch-

*(13)

Einführung von Krankenversicherungen

In China werden versuchsweise an verschiedenen Orten Krankenversicherungen eingeführt, die es in umfassender Form bisher nicht gibt. Auch im Gesundheitswesen sind offenbar Preissteigerungen zu verzeichnen. Sie belasten nicht nur den einzelnen Patienten, sondern führen auch die Krankenhäuser ins Defizit. Um hier Abhilfe zu schaffen, wird jetzt mit verschiedenen Modellen experimentiert. Hauptzielgruppe für eine Krankenversicherung sollen zunächst Kinder und schwangere Frauen auf dem Lande sein (in den Städten gibt es in der Regel eine betriebliche Gesundheitsfürsorge). In der Provinz Hebei beispielsweise sind in 81 von insgesamt 86 Kreisen 90 Prozent aller Kinder von ihren Familien versichert worden. Die Versicherung wird von Landärzten angeboten, um die Kinder durch Impfungen vor ansteckenden Krankheiten zu schützen. In der Provinz Gansu deckt die neueingeführte Krankenversicherung bei einer einmaligen Prämie von 10 Yuan für eine jung-

verheiratete Frau die Behandlungen vor und nach der Geburt sowie alle Impfungen für Kinder bis zum Alter von sieben Jahren ab. In einigen Gegenden werden die Versicherungsprämien von den örtlichen Behörden, Dorfkomitees oder Betrieben subventioniert, wobei die Versicherung jedoch immer von den Einzelpersonen gezahlt werden muß. Die Versicherung deckt vielfach die Arztkosten ab, Krankenhauskosten jedoch nur zur Hälfte. In der Stadt Chongqing bieten 19 Krankenhäuser Versicherungspolice für Schwangere und Neugeborene an. Das Fazit der "Gesundheitsnachrichten" lautet: "Die Krankenversicherung trägt dazu bei, den Staat, die Kollektive und den einzelnen finanziell zu entlasten und hat gute Aussichten, weiterentwickelt zu werden." (XNA, 9.1.87).

Die Beispiele zeigen, daß das System bisher noch sehr rudimentär ist. Immerhin ist ein Anfang getan, und zwar dort, wo es am dringendsten ist, nämlich auf dem Lande. -st-

Kultur

*(14)

Präsident und Vizepräsident der Wissenschaftlich-Technischen Universität entlassen

Die Studentendemonstrationen vom Dezember 1986/Januar 1987 haben zu ersten personellen Konsequenzen im Wissenschaftsbereich geführt. Guan Weiyan und Fang Lizhi wurden ihres Postens als Präsident bzw. Vizepräsident der prestigereichen Wissenschaftlich-Technischen Universität in Hefei (Anhui) enthoben. Die 1958 gegründete und seit 1970 in Hefei angesiedelte Universität, eine direkt der Zentrale unterstehende Schwerpunkthochschule, gilt als eine der angesehensten Hochschulen und Forschungsstätten für Naturwissenschaften in China. Erst im September 1986 hatte der Staatsrat Sondermittel für den Ausbau der Universität zu einer der führenden wissenschaftlich-technischen Ausbildungsstätten der Welt bereitgestellt, ein Projekt, das bis 1990 verwirklicht werden soll (XNA, 22.9.86). Der Beschluß über die Ablösung der beiden Wissenschaftler wurde am 12.1.1987 vom ZK und Staatsrat gefaßt (s. RMRB, 13.1.87). Nachfolger auf dem Posten des Universitätspräsidenten wurde Professor Teng Teng (56), zuvor Vizepräsident der Qinghua-Universität, Vizevorsitzender der Staatlichen Kommission für